

ALLGEMEINES

Wettbewerb zum World Social Work Day 2017.

Zum nächsten Welttag der Sozialen Arbeit am 21. März 2017 schreibt die Internationale Vereinigung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (IFSW) einen Posterwettbewerb aus. Gesucht werden Beiträge zum Schwerpunkt „Förderung der kommunalen und ökologischen Nachhaltigkeit“ mit Text und Bemalung zu diesem Thema, wobei vor allem der Beitrag der Sozialen Arbeit zu entsprechenden Anstrengungen im Vordergrund stehen sollte. Die Poster, die in digitaler Form bis zum 29. November 2016 unter der Anschrift global@ifsw.org eingereicht werden können, müssen die Worte „World Social Work Day, 21st March 2017“ und „Promoting Community and Environmental Sustainability“ beinhalten und über eine gute Auflösung für das A4-Format verfügen. Als Preise winken ein lebenslanges Freiabonnement des International Journal of Social Work sowie Ermäßigungen für Tagungen und Bücher der IFSW. Weitere Informationen stehen auf der Internetseite www.ifsw.org. Quelle: IFSW News 23.9.2016

Hilfe für Geflüchtete. Orientierung für freiwilliges Engagement. Von Jens Bartels. Hrsg. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration. Selbstverlag. Berlin 2016, 62 S., kostenlos *DZI-E-1605* Die Broschüre informiert darüber, wo und wie es in Berlin möglich ist, geflüchteten Menschen mit Spenden oder im Rahmen einer Freiwilligentätigkeit zur Seite zu stehen. Der Ratgeber stellt das Engagementportal des Berliner Senats vor und bietet zudem einen Überblick über berlinweite Initiativen und über Hilfemöglichkeiten in den einzelnen Bezirken. Erleichtert wird die Orientierung durch eine thematisch geordnete Zusammenstellung konkreter Unterstützungsangebote in den Bereichen Gesundheit, Sprache, Medien und Bildung, Arbeit, Freizeit, Kultur und Sport. Wer Wohnraum zur Verfügung stellen möchte, findet Kontaktadressen entsprechender Vermittlungsstellen. Im Anhang stehen Anschriften relevanter Institutionen und einiger Anlaufstellen bei Problemen wie Gewalt, Anfeindungen und Diskriminierung. Bestelladresse: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 51, Internet: www.integrationsbeauftragter.berlin.de

Start der Initiative „Offene Gesellschaft“. Mit Blick auf die in einem Jahr anstehende Bundestagswahl startete am 22. September dieses Jahres die von der Diakonie Deutschland und anderen Trägern unterstützte landesweite Bürgerinitiative „365 Tage für die Offene Gesellschaft“, in deren Rahmen Veranstaltungen stattfinden, die ein Zeichen für Werte wie Freiheit und Toleranz setzen möchten. Um dahingehende Ideen zu unterstützen, werden Sachkosten bis zu 3 000 Euro für Projekte übernommen, die den sozialen Zusammenhalt und das Wir-

Gefühl stärken, für Vielfalt und Demokratie eintreten und sich gegen politischen Radikalismus und Hass positionieren. Dabei kann es sich um einzelne künstlerische Darbietungen wie Theateraufführungen und Filme, aber auch um Veranstaltungsreihen oder mehrwöchige Aktivitäten handeln. Bewerben können sich Schulen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Vereine, kleine Initiativen und kommunale Stellen. Weitere Hinweise finden sich im Internet unter www.die-offene-gesellschaft.de (Link: Mit uns in Aktion treten – ein Leitfaden). Quelle: Mitteilung der Diakonie Deutschland vom 22.9.2016

Fünf Jahre Bundesfreiwilligendienst. Anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) hat das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eine Jubiläumsbeilage für das Magazin „ECHT – engagiert & erfolgreich“ veröffentlicht. Die im Internet unter www.bundesfreiwilligendienst.de (Link: Aktuelles/Fünf Jahre Bundesfreiwilligendienst – fünf Jahre Zeit, das Richtige zu tun) abrufbare Broschüre enthält Wissenswertes zum Bundesfreiwilligendienstgesetz, zu Beratungs- und Fortbildungsangeboten und zu den Einsatzbereichen Soziales, Umwelt- und Naturschutz, Sport, Kultur, Integration und Bildung. Seit Dezember 2015 bietet der BFD auch die Möglichkeit, sich in der Betreuung und Begleitung von geflüchteten Menschen zu engagieren. Quelle: Städetag aktuell 7.2016

SOZIALES

429

Berliner Behindertenbericht 2015. Laut dem von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin vorgelegten Behindertenbericht 2015 ist die Anzahl von Menschen mit einer Behinderung in Berlin von rund 580 000 am 31. Dezember 2010 auf rund 605 000 am 31. Dezember 2014 angestiegen. Im gleichen Zeitraum habe sich die Anzahl der Menschen mit einer Schwerbehinderung mit einem Grad von 50 und mehr von 399 645 auf 407 802 erhöht. Neben der zahlenmäßigen Entwicklung dokumentiert der Bericht auch, inwiefern gemäß Artikel 11 der Verfassung von Berlin gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit einem Handicap hergestellt wurden. Fortschritte seien vor allem in Bezug auf die Belange von Menschen mit einer Hör- oder Sehbehinderung erkennbar. So würden beispielsweise zunehmend Gebärdendolmetschdienste eingesetzt und Dokumente auf Antrag in Brailleschrift zur Verfügung gestellt. Auch bei der schulischen Inklusion könne man Fortschritte verzeichnen. Im Zentrum der Behindertenpolitik des Senats werde in den nächsten Jahren die Realisierung der UN-Behindertenrechtskonvention stehen. Quelle: Pressemitteilung des Landes Berlin vom 27.9.2016

Ermäßigung bei Flixbus aufgehoben. Die bisher von der Buslinie Flixbus gewährte Ermäßigung von 50 % für Menschen mit einer Behinderung wurde zum 25. Juli dieses Jahres eingestellt. Jedoch können Begleitpersonen

weiterhin frei mitreisen. Als Alternative zum Flixbus bietet die Linie Deinbus.de Menschen mit einem Handicap einen Rabatt von 100 %. Voraussetzung hierfür ist die Vorlage eines deutschen Schwerbehindertenausweises mit einer Wertmarke, die zur Mitnahme im öffentlichen Personenverkehr berechtigt. Quelle: Berliner Behinderten Zeitung vom September 2016

Schuldner- und Insolvenzberatung in Bayern.

Memorandum. Hrsg. Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern. Selbstverlag. München 2016, 33 S., kostenlos

DZI-E-1535

Mit diesem Memorandum bringt sich die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern in die Diskussion zur regionalen Neuordnung der Schuldner- und Insolvenzberatung ein. Angesprochen werden Probleme wie der Anstieg der Überschuldungsquote, die Intransparenz der Vollstreckungs- und Inkassopraxis und die negativen Folgen einer Überschuldung auf die physische und psychische Gesundheit. Des Weiteren finden sich hier Anmerkungen zur möglichen Zusammenführung der Schuldner- und Insolvenzberatung, zu der angedachten Delegation dieser Aufgabe an die Kommunen und zu den positiven Auswirkungen einer Beratung auf die Situation der Betroffenen. Der Anhang enthält den Landtagsbericht „Keine Gängelung der Insolvenzberatung“, die Resolution des Bayerischen Landtags zur Zusammenführung der Schuldner- und Insolvenzberatung und Hinweise zu den fachlichen Qualitätsstandards für die Unterstützungsangebote. Bestellanschrift: Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern, Nördliche Auffahrtsallee 14, 80638 München, Tel.: 089/15 37 57, Internet: www.lagoefw.de

IT-Sozialkaufhaus in Hamburg. Menschen mit einem geringen Einkommen können in dem in Hamburg-Wandsbek ansässigen IT-Sozialkaufhaus bei Vorlage einer Einkommensbescheinigung kostengünstig Computer, Monitore, Tastaturen und Zubehör erwerben. Die technischen Geräte wurden zuvor gespendet und von Auszubildenden des Jugend- und Bildungswerks der AWO Hamburg aufbereitet. Einen Rechner gibt es hier schon ab 20 Euro. Die Dienstleistungen der Einrichtung umfassen einen PC-Notdienst, Unterstützung beim Webdesign, Wartungen, Hilfe bei der Installation und Konfiguration sowie PC-Schulungen für Anfängerinnen und Anfänger. Zur Homepage des IT-Sozialkaufhauses geht es unter www.it-sozialkaufhaus.de Quelle: Sozialcourage Herbst 2016

Elterngeld und Hartz-IV-Leistungen. Laut einem Urteil des Bundessozialgerichts Kassel vom 26.7. dieses Jahres wird das Elterngeld bei der Berechnung der Hartz-IV-Leistungen weiterhin als Einkommen angerechnet. Geklagt hatte ein Vater dreier minderjähriger Kinder aus

dem Emsland, der nach der Novelle des Elterngeldgesetzes Anfang 2011 den bis dahin bewilligten Kinderzuschlag nicht mehr erhalten hatte. Das Bundessozialgericht argumentierte, die gegenwärtige Regelung verstöße nicht gegen das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Zuvor hatten schon das Sozialgericht Osnabrück und das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen entschieden, die Familie habe keinen Anspruch auf den Kinderzuschlag, da mit der Zahlung des Elterngeldes keine Bedürftigkeit mehr vorliege. Die Revision des Klägers hiergegen wurde nun vom Bundessozialgericht zurückgewiesen. Quelle: Stimme der Familie 3.2016

GESUNDHEIT

Krankenhausstatistik 2015. Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes hielten sich im Jahr 2015 19,2 Mio. Patientinnen und Patienten stationär im Krankenhaus auf, was einem Anstieg von 34 800 Personen beziehungsweise 0,2 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die medizinische Betreuung wurde von insgesamt rund 882 300 Vollzeitkräften geleistet, von denen 153 900 zum ärztlichen Dienst und 728 400 zum nicht ärztlichen Dienst gehörten. Von Letzteren waren 320 200 im Pflegedienst tätig. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhte sich die Zahl der Vollzeitkräfte im ärztlichen Dienst um 3 100 (+2,1%) und diejenige der Vollzeitkräfte im nicht ärztlichen Dienst um 19 700 (+2,8%). Die Anzahl der Pflegevolkkräfte stieg um 1 400 beziehungsweise 0,5 %. Quelle: PKV publik, September 2016

Neue Internetplattform zu Suchtrisiken bei Medikamenten. Um Betroffene und Fachkräfte über die Gefahren einer Medikamentenabhängigkeit aufzuklären, hat die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) gemeinsam mit der Barmer GEK ein Internetportal entwickelt, das unter der Anschrift www.medikamente-und-sucht.de erreichbar ist. Insgesamt liege bei bis zu fünf Prozent aller verordneten Arzneimittel ein Abhängigkeitsrisiko vor. Besonders gravierend sei das Suchtpotenzial von Schlaf- und Beruhigungsmitteln wie Benzodiazepinen, die entgegen den Empfehlungen häufig über einen längeren Zeitraum eingenommen würden. Die Website informiert, welche Warnsignale auf einen problematischen Konsum hindeuten und wie man einer Abhängigkeit vorbeugen kann. Darüber hinaus enthält sie ein Verzeichnis von Selbsthilfegruppen sowie ein lokalisiertes Suchthilfeverzeichnis mit einer Suchmaske, das die Recherche nach Beratungsstellen und Therapieeinrichtungen erleichtert. Quelle: Mitteilung der DHS vom 21.9.2016

Demenz: Ausschluss aus der inklusiven Gesellschaft? Ein Einspruch von Peter Wißmann. Lambertus-Verlag, Freiburg im Breisgau 2016, 60 S., EUR 7,50
DZI-E-1607

Obwohl das Thema Demenz in den letzten Jahrzehnten deutlich an medialer Präsenz gewonnen hat, stellt die

gesellschaftliche Inklusion der gegenwärtig fast 1,6 Mio. Betroffenen in Deutschland noch immer eine große und in vielerlei Hinsicht vernachlässigte Herausforderung dar. Diese Broschüre benennt Fehlentwicklungen und zeigt mögliche Alternativen auf. Ausgehend von einer kritischen terminologischen Auseinandersetzung mit den Begriffen Inklusion und Teilhabe untersucht der Autor deren Anwendbarkeit im Hinblick auf die Partizipation von Menschen mit degenerativen Erkrankungen des Gehirns. Im Weiteren geht es um eine „Therapeutisierung“ des Alltags, die Konstruktion von Parallelwelten, sprachliche Gesichtspunkte und Fragen der Selbsthilfe, der Selbstbestimmung und der Selbstartikulation. Die Überlegungen werden ergänzt durch Reflexionen zur sogenannten „Demenzszene“ der mit der Thematik befassten Institutionen und Personen aus Medien, Forschung und Politik. Bestellanschrift: Lambertus-Verlag, Postfach 1026, 79010 Freiburg, Tel.: 0761/368 25-0, Internet: www.lambertus.de

Internetportal zum Thema Demenz. Für Menschen mit einer Demenz sowie deren Angehörige und die beteiligten Fachkräfte hat das Bundesfamilienministerium unter der Anschrift www.wegweiser-demenz.de ein Serviceportal im Internet eingerichtet. Dieses vermittelt wichtiges Basiswissen und enthält einige Ratgeberforen zur Prävention, Diagnose und Therapie, zur Kommunikation und Konfliktbewältigung sowie zum Wohnen, zur Betreuung und zur Pflege. Ergänzt wird das Angebot durch einen Weblog, ein Glossar, Antworten auf häufig gestellte Fragen und eine Auswahl von Links und Literatur- und Filmtipps zum Thema Demenz. Die Adressdatenbank „Hilfe in meiner Nähe“ auf der Startseite (Link: Wohnberatung) vereinfacht die Suche nach Hilfeangeboten vor Ort. Quelle: *zukunft jetzt 3.2016*

Neues Vergütungssystem für die Versorgung psychisch kranker Menschen. Am 5. September dieses Jahres hat die Bundesregierung einen Entwurf für das „Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen“ (PsychVVG) vorgelegt, mit dem die Betreuung psychisch kranker Menschen stimmiger an deren Bedürfnisse und an die speziellen Erfordernisse der Fachkliniken angepasst werden soll. Geplant ist, dass die Kliniken künftig auf der Grundlage des tatsächlich geleisteten Aufwands ihr Budget individuell verhandeln können, wobei verbindliche Mindestvorgaben für die Personalausstattung gelten sollen. Zugleich wolle man das Angebotsspektrum durch die Einführung des Hometreatments, der Krisenintervention im häuslichen Umfeld, erweitern. Vorgesehen ist auch eine Bereitstellung von 1,5 Mrd. Euro aus dem Gesundheitsfonds für den Ausbau der Telematikinfrastruktur der Kassen und für eine adäquate Versorgung geflüchteter Menschen. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Quelle: *Das Parlament vom 26.9.2016*

28.11.-2.12.2016 Coesfeld. Gruppendynamisches Training: Zwischen Flurfunk und Konferenzraum. Strukturen und Prozesse in Organisationen. Information: igo Institut für Gruppendynamik und Organisationsberatung, Albersloher Weg 10c, 48155 Münster, Tel.: 02 51/28 49 32 99, Internet: igo-muenster.de

29.11.2016 Hannover. Forum Erziehungsstellen: Sexualität – ein ganz normales Thema im Erziehungsstellentag? Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V., Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81 16, E-Mail: p.wittschorek@erev.de

1.12.2016 Berlin. Fachtagung: Zukunft Alter – Aktuelle Herausforderungen (nicht nur) für Einrichtungen der Altenhilfe. Information: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Studiengang Soziale Gerontologie, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, E-Mail: soziale.gerontologie@khsb-berlin.de

2.12.2016 Berlin. Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft an Hochschulen e.V.: Governance in der Sozialwirtschaft. Information: Prof. Dr. Ludger Kolhoff, Ostfalia-Hochschule für angewandte Wissenschaften, Fakultät Soziale Arbeit, Salzdahlumer Straße 46/48, 38302 Wolfenbüttel, Tel.: 053 31/93 93 72 15, E-Mail: L.Kolhoff@gmx.de

6.12.2016 Erkner. Fachtagung: Onlineportale für Familien – aktuelle Praxis und Entwicklungspotenziale. Information: Akademie des Deutschen Vereins – Veranstaltungsmanagement, Frau Bärbel Winter, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 06 05, E-Mail: winter@deutscher-verein.de

8.12.2016 Bonn. 21. Forum Migration: Integration durch Bildung! Neue Ansätze für Geflüchtete. Information: Otto Benecke Stiftung e.V., Frau Teresa De Bellis-Olinger, Kennedyallee 105-107, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/81 63-104, E-Mail: Teresa.DeBellis@obs-ev.de

8.-9.12.2016 Berlin. Fachtagung der Arbeitsgruppe Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik: In allen Größen! Stärkung von Pflegekindern und ihren Familien. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, E-Mail: agfj@difu.de, Internet: <http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de/>

9.-11.12.2016 Berlin. Seminar: Begegnung mit dem Einen und dem Anderen – Sexuelle Bildung und Interkulturalität. Information: Institut für Sexualpädagogik, Friedrich-Ebert-Ring 37, 56068 Koblenz, Tel.: 02 61/133 06 37, E-Mail: info@isp-dortmund.de

JUGEND UND FAMILIE

Vertrauliche Anhörungen zum sexuellen Kindesmissbrauch. Am 27. und 28. September dieses Jahres fanden in Berlin die ersten vertraulichen Anhörungen von Opfern sexuellen Missbrauchs in Kindheit und Jugend statt. Weitere Termine für die dezentralen und bundesweiten Anhörungen wurden bereits festgelegt. Das Angebot richtet sich an Betroffene aus familiären und institutionellen Kontexten, Betroffene ritueller Gewalt sowie Opfer von Fremdtäterinnen und Fremdtätern. Die Opfer und deren Eltern, Freundinnen und Freunde, Lehrkräfte und Verwandte werden aufgerufen, sich unter der Rufnummer 0800/403 00 40 anonym und kostenfrei, per E-Mail oder Brief bei der Kommission zu melden. Ein Kontaktformular steht im Internet unter www.aufarbeitungskommission.de (Link: Anmeldung) bereit. Im Anschluss an eine Auswertung der pseudonymisierten Fallberichte wird die Kommission praktische Empfehlungen entwickeln. Quelle: *Mitteilung des Büros der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs vom 26.9.2016*

Junge Geflüchtete und Kulturschaffende aus Syrien. Mit dem Ziel, die gesellschaftliche Partizipation junger Geflüchteter und Kulturschaffender aus Syrien voranzubringen, startet die Berliner Stiftung Respekt ein Projekt, in dessen Rahmen junge Geflüchtete in biografischen Interviews über ihre Schicksale und Erfahrungen berichten können. An sechs Standorten in Deutschland sollen Schulen und Jugendclubs sowie andere Einrichtungen der Jugendarbeit unter Anleitung sowohl diese Interviews als auch Initiativen für einheimische und syrische Jugendlichen realisieren. Letztere erhalten die Möglichkeit, in künstlerischen Workshops zu Bereichen wie Film, Tanz und Literatur ihre persönliche Geschichte zu reflektieren und gemeinsam mit den schon lange hier lebenden Jugendlichen ihre neue Heimat zu erkunden. Auf Grundlage der Interviews und der kreativen Ergebnisse der Workshops sollen Materialien für die politische und kulturelle Bildung entstehen. Näheres steht im Internet unter www.respekt-stiftung.de Quelle: *Mitteilung der Stiftung Respekt vom 13.9.2016*

Ausstellung mit und über Menschen mit Down-Syndrom. Im Kontext des partizipativen Forschungsprojektes Touchdown 21 zum Down-Syndrom findet bis zum 12.3.2017 in der Bundeskunsthalle in Bonn unter dem Titel „Touchdown“ die weltweit erste große Ausstellung über und mit Menschen mit einem Down-Syndrom statt. Im Sinne einer kulturhistorischen Spuren-suche werden wissenschaftliche und gestalterische Exponate aus Archäologie, Zeitgeschichte, Medizin, Genetik, Film und bildender Kunst gezeigt. Die von Menschen mit und ohne Down-Syndrom gemeinsam organisierte Ausstellung zielt darauf ab, einen Beitrag zu einer differenzierteren Debatte um gesellschaftliche

Vielfalt und Teilhabe zu leisten. Quelle: *Mitteilung der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland vom September 2016*

AUSBILDUNG UND BERUF

Fachkräfte-Stipendien für zugewanderte Menschen in Baden-Württemberg. Angesichts der häufig unterqualifizierten Beschäftigung geflüchteter Menschen hat die Baden-Württemberg Stiftung das neue Stipendienprogramm „Berufliche Anerkennung in Baden-Württemberg“ ins Leben gerufen, das durch die Vergabe von Stipendien einzelnen Neuankömmlingen zu einer Anerkennung ihrer in Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse verhelfen möchte, um auf diese Weise ihre Zugangschancen zu einer angemessenen Arbeit zu verbessern. Beantragt werden können Mittel für Anerkennungsgebühren, Übersetzungen, Sprachunterricht, Vorbereitungskurse für Kenntnis- und Eignungsprüfungen, Lehrmaterialien, Fahrtkosten und die Kinderbetreuung. Neben einem einmaligen Willkommensstipendium in Höhe von bis zu 1 000 Euro werden auch monatliche Stipendien für einen Zeitraum von maximal einem Jahr vergeben. Ein Antragsformular steht im Internet unter der Anschrift www.bwstiftung.de/berufliche-anerkennung-bw unter dem Link „Ausschreibung“ zum Download bereit. Quelle: *Pressemitteilung der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH vom 19.9.2016*

Voices of Help. Im Jugend Museum/Schöneberg Museum in Berlin werden ab dem 25. November in einer Ausstellung von Werken des US-amerikanischen Komponisten, Musikers und Klangkünstlers Paul Brody Klangcollagen, die autobiographische Erzählungen von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie ehrenamtlich Engagierten in unterschiedlichen Bereichen der Sozialen Arbeit und des sozialen Engagements mit eigens erstellten Kompositionen verbinden, zu Gehör gebracht. Der Künstler nimmt die vielfältigen sozialen Angebote und ehrenamtlichen Initiativen im Berliner Innenstadtbezirk Schöneberg zum Anlass einer Auseinandersetzung mit den ebenso vielfältigen Motiven der Helfenden. Die Ausstellung ist vom 25.11.2016 bis zum 5.3.2017 geöffnet. Informationen: Jugend Museum, Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin, Tel.: 030/902 77 61 63, E-Mail: Museum@ba-ts.berlin.de, Internet: <http://www.jugendmuseum.de/> Quelle: *Mitteilung des Jugend Museums vom Oktober 2016*